

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846-48 pbbn d

Inhalt

Antje Huber, Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit, fordert zu mehr sozialem Engagement in der Familie auf.

Seite 1/2

Karl Heinz Ernst MdL, Stellv. Vorsitzender der hessischen SPD-Landtagsfraktion, verlangt mehr parlamentarische Kontrolle beim Straßenbau.

Seite 3/4

Hugo Brandt MdB, Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Innenausschuß des Deutschen Bundestages, verurteilt die Einstellungspraxis bei der Kraftwerk-Union in Erlangen.

Seite 5

Lothar Schwartz, Sprecher des SPD-Vorstands, würdigt die Verdienste Fritz Sängers anlässlich der Auszeichnung Sängers mit dem Alexander-Zinn-Preis 1978 der Hansestadt Hamburg.

Seite 6

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 37 66 11

34. Jahrgang / 129

10. Juli 1979

Wir sind eine Gesellschaft der gemischten Gefühle

Von Antje Huber MdB

Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit

Fest steht, daß wir eine Gesellschaft der gemischten Gefühle sind. Die Alten sind glücklich über langen Frieden nach so viel Krieg, über eine soziale Absicherung, die besser ist, als sie in ihrer aktiven Zeit gedacht haben. Im mittleren Alter ist man dabei, den Wohlstand durch fleißige Arbeit zu mehren, technische Entwicklungen voranzubringen, die Freizeit intensiver zu nutzen. Die eigene Situation wird meist als gut bis befriedigend beschrieben. Wörter wie Energie, Technologie, Rationalisierung, Umweltschutz bezeichnen ein Unbehagen, das aber nur Gruppen zu besonderem Engagement bringt.

Die junge Generation ist offenbar überwiegend pessimistisch. Hat eine satte Gesellschaft überwiegend ängstliche Kinder hervorgebracht? - so könnte man provozierend fragen. Verbreitet sie bei den Jungen nur Angst und Langeweile? Werden wir eine verunsicherte Gesellschaft? Halten wir in einer Welt, die wir selbst so gebaut haben, unsere Probleme nicht mehr für lösbar? Was hat das mit Familienpolitik zu tun?

Es geht hier um den Kern dessen, was Familie an sozialer Haltung, an Lebenseinstellung vermittelt. Natürlich ist

die Einstellung der Menschen von ihrer konkreten Situation, von den Ereignissen vornehmlich ihres Alltags geprägt.

Aber die Gestaltung unseres sozialen Lebens wird auch von den Grundeinstellungen geprägt, mit denen Menschen ihren Problemen gegenüber treten, dem Selbstbewußtsein, den Wertmaßstäben. Jede Zukunft ist ein Weg ins Unbekannte. Wer sie - wie zum Beispiel die CDU - zu schwarz malt, wer den Glauben daran zerstört, daß wir unsere Probleme lösen können, wer nicht Aufgaben deutlich macht, die mehr sind als individuelle Bedürfnisbefriedigung, verbaut den Weg zu dem sozialen Engagement, das junge Menschen erst wirklich zufrieden macht, erschwert den Weg in die Zukunft. Der Kampf um besseren Lebensstandard verfehlt sein Hauptziel, nämlich die Überwindung der Armut zur Befreiung des Menschen, wenn Konsum als Selbstzweck und die Möglichkeit dazu als unerlässliche Voraussetzungen für gesellschaftliches Ansehen gelten. Wenn der Wert eines Menschen sozusagen an der Klasse des Wagens abgelesen wird, mit dem er bei der Tankstelle vorfährt. Eine Gesellschaft, die so denkt, braucht sich über Überschriften wie "Kinder - eine Rechenaufgabe" nicht zu wundern.

Und alle staatliche Umverteilungspolitik, alle verbesserten Rechtsetzungen, zum Beispiel beim Ehe- und Familienrecht, beim Recht der elterlichen Sorge, alle Bemühungen um mehr Ausbildungs- und Arbeitsplätze - so wichtig sie sind - werden nicht ausreichend sein.

Familie, diese vorkonstitutionelle Lebensgemeinschaft, die man durch nichts ersetzen kann und die unter dem besonderen Schutz unserer Verfassung steht, unterliegt einem Wandel wie die übrige Gesellschaft auch. Sie ist oder sollte doch sein eine partnerschaftliche Gemeinschaft, in der jeder sein Recht und seine Geborgenheit findet.

Familie hat Kraft - heute genauso wie früher - aber ganz sicher vermehrte Probleme. Sie ist keine helle Welt, sondern bedarf der Hilfe. Sie muß sich aber bewußt sein, daß es nötig ist, unseren Weg in die Zukunft - an den wir glauben - durch Wertsetzungen und soziales Engagement zu erleichtern, damit wir nicht, wie jüngst eine Zeitung schrieb, "unfähig zur Integration" werden, sondern Menschlichkeit praktizieren - miteinander in der Familie, in der Arbeits- und Freizeitwelt, im heimischen Sozialbereich wie in der Entwicklungshilfe.

(-/10.7.1979/hj/hgs)



Mehr parlamentarische Kontrolle für den Straßenbau

Straßenbau muß Rücksicht auf natürliche Landschaftsformen nehmen

Von Karl Heinz Ernst MdL (Fritzlar)

Stellvertretender Vorsitzender der hessischen SPD-Landtagsfraktion

Seit einiger Zeit gerät auch der Straßenbau zunehmend in das Feuer öffentlicher Kritik. Konnte die Straßenbauverwaltung noch vor wenigen Jahren - bis auf Schwierigkeiten mit einzelnen unmittelbar Betroffenen - relativ unbehelligt und ungestört planen, werden die Widerstände gegenwärtig von Tag zu Tag stärker spürbar. Immer deutlicher treten die negativen Folgen eines nahezu ungehemmten Straßenbaues hervor. Durch den zunehmenden Widerstand gegen neue Straßenbauprojekte werden auch die Abgeordneten mehr als bisher mit den Problemen des Straßenbaus konfrontiert. Dabei stellen sie fest, daß sie eigentlich nichts zu sagen haben. Sie stellen zwar die Mittel für den Straßenbau im Haushalt zur Verfügung, aber die Entscheidungen, wo, wann und wie gebaut wird, fallen in der Exekutive. Eine wirksame parlamentarische Kontrolle des Straßenbaues gibt es gegenwärtig nicht. Schwerwiegende Entscheidungen über den Bau neuer Straßen werden fernab vom Parlament gefällt. Die Abgeordneten haben sich dann mit den negativen Auswirkungen herumzuschlagen.

Die parlamentarische Kontrolle muß deshalb in zwei Richtungen verstärkt werden:

Erstens ist es notwendig, zunächst einmal festzustellen, in welchem Umfang überhaupt noch neue Straßen erforderlich sind. Die SPD-Landtagsfraktion hat ihren Arbeitskreis "Wirtschaft und Technik" beauftragt, die Vorarbeiten für diese Entscheidungen zu leisten. Die Entscheidungen, welche neuen Straßen gebaut werden, können und dürfen künftig nicht mehr allein der Exekutive überlassen bleiben. Sie müssen eingebettet werden in eine vernünftige Gesamtverkehrskonzeption, in deren Rahmen auch über andere, energiesparende Transportsysteme nachgedacht werden muß. Es ist unverantwortlich, ziemlich ungehemmt weitere Straßen zu bauen, ohne sich Gedanken darüber zu machen, welche Rolle das gegenwärtige Automobil in Zukunft überhaupt noch spielen wird. Unter diesem Gesichtspunkt muß das Zehn-Jahres-Programm des Bundes für den Ausbau der Verkehrswege, das allein 70 Milliarden DM bis 1985 für den Ausbau neuer Straßen vorsieht, kritisch überprüft werden.



Zweitens ist es notwendig, parlamentarische Einfluß auf die Planung selbst zu nehmen. Die Straßenbauverwaltung hat sich selbst Richtlinien gegeben, nach denen Straßen zu planen und zu bauen sind. Diese Richtlinien gehen völlig einseitig von Verkehrsbelangen aus, ohne Rücksicht auf Landschaft und Umwelt zu nehmen. Nicht zuletzt das ist ein Grund für die ungeheure Landschaftszerstörung, die mit dem modernen Straßenbau einhergeht. Da werden aus technischen Gründen ganze Hügel und Berge abgetragen, Täler aufgeschüttet und Bäche verlegt, nur um die in den Richtlinien vorgesehene höchstzulässige Längsneigung zu erreichen. So ist zum Beispiel für Straßen mit einer Entwurfsgeschwindigkeit von 100 km/h eine höchstzulässige Längsneigung von 4,5 Prozent vorgesehen. Dies ist für Mittelgebirgslandschaften ein Wahnsinn und führt zu den ungeheuren Erdbewegungen, die beim Straßenbau zu beobachten sind. In anderen europäischen Ländern wird der Straßenbau mit weniger Perfektion betrieben. Das müßte auch bei uns möglich sein. Konkret heißt das: Der Straßenbau muß mehr Rücksicht auf die natürlichen Landschaftsformen nehmen. Sonst leben wir bald nur noch in einer Landschaft riesiger aufgeschütteter künstlicher Wälle.

Ferner ist es notwendig, daß ökologisch erträgliche Trassen nicht deshalb verworfen werden, weil sie teurer sind. Hier müssen auch von den Politikern klare Vorgaben gegeben werden.

Neue Straßenbauvorhaben sollten schließlich mehr als bisher mit den Gemeinden und den betroffenen Grundstückseigentümern und Anliegern im Vorstadium der Planung besprochen und erörtert werden. Bei der Festlegung der Linien für neue Straßen sollten bereits die Gemeinden zwingend beteiligt werden. (-/ 10.7.1979/vo-he/hgs)

+ + +



Einstellungspraxis mit Sippenhaft

Unerträgliche Fragebogenaktion der Kraftwerk-Union in Erlangen

Von Hugo Brandt

Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Innenausschuß des Deutschen Bundestages

Die Kraftwerk-Union (KWU) in Erlangen hat eine Einstellungspraxis entwickelt, die vom Bundesarbeitsministerium in einer Stellungnahme als zum Teil rechtlich "unzulässig" qualifiziert wird. Worum geht es: Will jemand bei der KWU arbeiten, dann muß er neben seinem Arbeitsvertrag eine Anlage zu diesem unterzeichnen. In dieser Anlage wird festgestellt, daß die gleichzeitige Mitgliedschaft zur KWU und einer Organisation, "die sich zum Ziel gesetzt hat, das Produkt der KWU zu verhindern" unvereinbar sei. Um welche Organisationen es sich dabei handelt, kann der Arbeitnehmer in einer Liste, die er zur Einsicht erhält, ersehen.

Die Erklärung, einer dieser Organisationen nicht anzugehören beziehungsweise sie nicht zu unterstützen, gilt aber nicht nur für den Arbeitnehmer selbst, sondern auch für seine Frau. Diese Einstellungspraxis ist vom Bundesarbeitsministerium in einer Stellungnahme für "unzulässig" qualifiziert worden. Im einzelnen wird festgestellt, daß der Arbeitnehmer nur solche Fragen wahrheitsgemäß beantworten muß, die der Arbeitgeber zulässigerweise gestellt hat. Das Fragerecht des Arbeitgebers beschränke sich aber überwiegend auf die mit dem Arbeitsplatz oder der zu leistenden Arbeit im Zusammenhang stehenden Probleme. Wörtlich heißt es: "Der Arbeitgeber muß ein nach objektiven Maßstäben anzuerkennendes Interesse an der Frage haben... Von Bedeutung ist dabei insbesondere die künftige Stellung des Arbeitnehmers. Bei einem leitenden Angestellten, der das Unternehmen nach außen repräsentieren soll, wird das Fragerecht naturgemäß weitergehen als bei einem "normalen" Arbeitnehmer. In keinem Fall wird man jedoch soweit gehen können, nach Aktivitäten und Verbindungen von Angehörigen zu fragen... Dementsprechend halte ich die in der Anlage zum Arbeitsvertrag gestellte Frage nach der Mitgliedschaft der Ehefrau in Parteien und Organisationen, die Kernkraftwerke zu verhindern versuchen, für unzulässig.

Ebenso halte ich - mit der in der Rechtslehre herrschenden Auffassung - den Arbeitgeber hier nicht für berechtigt, die Mitgliedschaft des Arbeitnehmers in einer politischen Partei zu erfragen. Daß diese möglicherweise Kernkraftwerke ablehnt, rechtfertigt meiner Ansicht nach keine andere Beurteilung."

Die Stellungnahme des Bundesarbeitsministeriums enthält aber auch den Hinweis, daß das Mitbestimmungsrecht des Betriebsrates nach § 94 Betriebsverfassungsgesetz nicht umgangen werden darf. Hierzu heißt es: "Nach dieser Vorschrift bedürfen sowohl Personalfragebogen als auch persönliche Angaben in schriftlichen Arbeitsverträgen, die allgemein für den Betrieb verwendet werden, der Zustimmung des Betriebsrates. Dieses Mitbestimmungsrecht des Betriebsrates kann nicht dadurch umgangen werden, daß man zustimmungsbedürftige Fragen oder persönliche Angaben formal als einseitige Erklärung des Arbeitnehmers in den Arbeitsvertrag aufnimmt."

Bei allem Verständnis dafür, daß sich die Kraftwerk-Union vor Kernkraftgegnern in den eigenen Reihen schützen möchte, muß sich auch dieses Unternehmen den allgemeinen arbeitsrechtlichen Bedingungen unterwerfen. Eine Einstellungspraxis, die Züge einer Sippenhaft annimmt, ist unerträglich. Es wird deshalb Aufgabe der Gewerkschaften, das heißt in diesem Fall des zuständigen Betriebsrates sein, dafür zu sorgen, daß eine solche Einstellungspraxis aufhört beziehungsweise erst gar nicht versucht wird.

(-/10.7.1979/hj/hgs)



Unbeirrbar, mutig und unbestechlich

Zur Verleihung des Alexander-Zinn-Preises 1978 der Hansestadt Hamburg an Fritz Sänger

Von Lothar Schwartz
Sprecher des SPD-Vorstandes

In diesen Tagen ist Fritz Sänger mit dem Alexander-Zinn-Preis 1978 der Hansestadt Hamburg ausgezeichnet worden. Diese Ehrung des ehemaligen Chefredakteurs der Deutschen Presse-Agentur, des sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten und des Autors zahlreicher Sachbücher bietet dem Vorstand der SPD eine willkommene Gelegenheit, den stand- und namhaften Nestor des deutschen politischen Journalismus Dank und Respekt zu bekunden.

"Unbeirrbar, mutig und unbestechlich", heißt es in der Begründung für die Zuerkennung des Alexander-Zinn-Preises. Dies sind geradezu Synonyme für den Namen Fritz Sänger. Sie bedürfen jedoch einer Ergänzung: Der 77jährige Journalist ist auch ein Vorbild an Korrektheit, Fleiß und Kollegialität in der schreibenden Zunft.

Fritz Sänger hat seine besonderen und bleibenden Verdienste an der schwierigen und empfindlichen Nahtstelle von Politik und Publizistik erworben. In diesem Spannungsfeld hat er jahrzehntelang eine klare und klärende Rolle gespielt und ist noch heute zur Aktion bereit, wenn ihn dies in Fragen der Presse- und Meinungsfreiheit geboten erscheint. Er hat bei Politikern Verständnis für die Journalisten und bei seinen Kollegen vielfach auch Verständnis für Politiker bewirkt. Er ist ein Mann des Ausgleichs, jedoch nie der Anpassung. Er hat Zeitungs- und Journalistenscheite nie ohne penibelste Prüfung der Sachverhalte akzeptiert. Gleichermäßen haben ihn aber auch Verstöße gegen die Grundsätze sauberer Nachrichtengebung unnachtsichtig auf den Plan gerufen. Fritz Sänger hat konsequent nach dem Prinzip gehandelt und gearbeitet, das er in den Deutschen Presserat eingebracht und aus Anlaß des 20jährigen Bestehens dieser Institution erneut so formuliert hat: "Demokratie kann nicht bestehen, wenn es keine freie, mutige und redlich tätige Presse gibt, die in eigener Verantwortung und ohne Rücksicht auf Interessen nur um der Sache willen handelt. Sie muß dem Ganzen dienen."

Die Auszeichnung durch die Stadt Hamburg für den Wohnbürger ihres Umfeldes beweist: Unser demokratischer Staat und seine Gesellschaft wissen zu würdigen, was sich Fritz Sänger an Verdiensten um eine auf Objektivität und Sorgfalt ausgerichtete Informationsgebung und die darauf basierende Meinungsbildung erworben hat. Er hat dafür Maßstäbe gesetzt. Die Journalisten in unserem Land und ihre Berufsverbände wissen, was sie an ihm haben: Seine redliche, wo notwendig, auch kämpferische Treuhänderschaft für die Interessen einer unabhängigen gedruckten, gesprochenen und gefilmten Publizistik bleibt von unschätzbarem Wert.

Wie Willy Brandt bereits zum 75. Geburtstag von Fritz Sänger schrieb, möchte die Sozialdemokratische Partei an seiner engagierten Tat und an seinem kritisch-konstruktiven Rat noch lange teilhaben. Trotz seines klaren Bekenntnisses zur Sozialdemokratie, der er in schlechten und guten Zeiten treu gedient hat, genießt er quer durch die demokratischen Parteien und über Verbandsgrenzen hinweg den Ruf und Respekt eines politischen Gentleman und eines publizistischen Ombudsmannes - aufgrund seines hohen beruflichen Könnens, seiner politischen Fairness, vor allem aber auch kraft seiner Persönlichkeit

(-/10.7.1979/hj/hgs)

+ + +

